

Angleichung von Lebensbedingungen seit der deutschen Einheit: die Bürgersicht

Sturm, Gabriele; Walther, Antje

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sturm, G., & Walther, A. (2010). Angleichung von Lebensbedingungen seit der deutschen Einheit: die Bürgersicht. *Informationen zur Raumentwicklung*, 10/11, 715-726. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58289-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Angleichung von Lebensbedingungen seit der deutschen Einheit – die Bürgersicht

Gabriele Sturm
Antje Walther

1 1990 bis 2009 – 20 Jahre BBSR- Umfrage zu Lebenslagen in Gesamtdeutschland

Bereits seit Mitte der 1980er Jahre speist eine jährliche Bevölkerungsbefragung Informationen zu Wohn- und Lebenslagen privater Haushalte in das raumbezogene Informationssystem des BBSR ein. Seit dem Herbst 1990 wird diese Umfrage repräsentativ für Siedlungsstrukturtypen und für Privathaushalte in Gesamtdeutschland durchgeführt. Deshalb können heute Einschätzungen und Beurteilungen aus 20 Jahren in den Blick genommen werden. Sie zeigen einerseits Angleichungen der Lebensbedingungen in Ost und West und andererseits fortbestehende Unterschiede auf.

Der vorliegende Beitrag orientiert sich insbesondere an den als Zeitreihe vorliegenden Messungen und analysiert sie unter Einbeziehung von Personen- oder Haushaltsmerkmalen für die ostdeutschen und die westdeutschen Landesteile im Vergleich. Bei den in Berlin durchgeführten Interviews werden dabei Befragte in den ehemaligen Westberliner Stadtbezirken zu Westdeutschland gerechnet, alle anderen zu Ostdeutschland. Betrachtet werden jährlich erhobene Zufriedenheiten mit der eigenen Wohnung (Kap. 2), dem Wohngebiet und der Nachbarschaft (Kap. 3), dem Wohnort und dessen Infrastrukturangeboten (Kap. 4) sowie mit der privaten wirtschaftlichen Lage (Kap. 5) und die vor allem dadurch geprägte allgemeine Lebenszufriedenheit (Kap. 6).

2 Die Wohnung

Wohnen gilt bei uns als Grundbedürfnis und die eigene Wohnstatt als eine notwendige Lebensgrundlage für gesunde Erwachsene. Daher zählen Wohnkosten für bedürftige Haushalte in begrenztem Ausmaß zu den staatlich geregelten Sozialleistungen. Wohnungslosigkeit oder -not gelten als schwerwiegendes gesellschaftliches Problem. Die Wohnung bildet für Menschen einen zentralen Bezugspunkt. Sie verbringen in ihr nicht nur relativ viel Lebenszeit, sondern

Zum Design der BBSR-Umfrage

Die BBSR-Umfrage ist als induktiv erschließende Trenduntersuchung angelegt. Die Stichprobenziehung erfolgt als mehrfach geschichtete Zufallsauswahl. Zuletzt wurden im Oktober/November 2009 mit deutsch sprechenden volljährigen Personen aus rund 3 500 Haushalten computergestützte persönliche Interviews durchgeführt. Der Korpus von jährlich gestellten Fragen wird regelmäßig ergänzt um Vertiefungsfragen zu wechselnden Themenschwerpunkten. Ein Teil der Fragen wird gleichlautend auch in anderen als Survey angelegten Befragungen gestellt. Damit erlauben die Ergebnisse den Vergleich zum Sozioökonomischen Panel (SOEP) oder zum Mikrozensus. Regelmäßig werden fünf Themenbereiche abgefragt: Wohnung und Wohngebäude; Wohnumgebung; Nachbarschaft/Integration/Partizipation; räumliche Mobilität; wirtschaftliche Lage/Arbeit/Beruf.

verwenden auch viel Zeit für die Aneignung derselben. In der Folge sind erfragte Wohnzufriedenheiten meistens höher als Zufriedenheiten in anderen Lebensbereichen.¹

In der jährlichen BBSR-Umfrage wird zum Abschluss einer Reihe von Wohnungsfragen gefragt: „Alles in allem: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnung?“ Die Antworten können auf einer siebenstufigen Rating-Skala von „sehr unzufrieden“ (= 1) bis „sehr zufrieden“ (= 7) reichen. Differenziert nach Ost und West sowie nach Siedlungstypen liegen die durchschnittlichen Bewertungen 2009 sehr nah in einem Wertebereich zwischen 5,6 und 6 beieinander (Abb. 1)². Die Befragten sind also mit ihrer Wohnung im Durchschnitt zufrieden. 20 Jahre zuvor sah das noch ganz anders aus: Damals äußerten sich nur die westdeutschen Befragten ähnlich zufrieden wie heute, während die Ostdeutschen mit einem Durchschnittswert von 4,9 allenfalls „eher zufrieden“ mit ihrer damaligen Wohnung waren. Diese anfangs deutliche Ost-West-Differenz in der Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung ist innerhalb der ersten zehn Jahre zunächst geschrumpft und dann verschwunden. Trotz der zeitgleich für die Haushalte sehr stark ansteigenden Wohnkosten haben die Investitionen in den ostdeutschen Wohnungsbestand dessen Qualität so stark verbessert, dass die heute gute Wohnsubstanz in den subjektiven Zufriedenheiten ihre Würdigung findet.

Dr. Gabriele Sturm
Antje Walther
Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn
E-Mail: gabriele.sturm@bbr.
bund.de
antje.walther@bbr.bund.de

Abbildung 1
Durchschnittliche Zufriedenheit mit der Wohnung nach Stadt- und Gemeindetypen, West und Ost – 1990 bis 2009

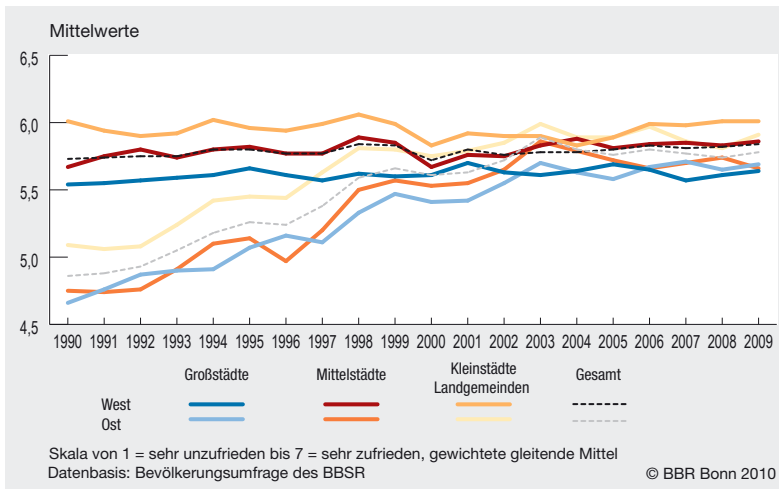
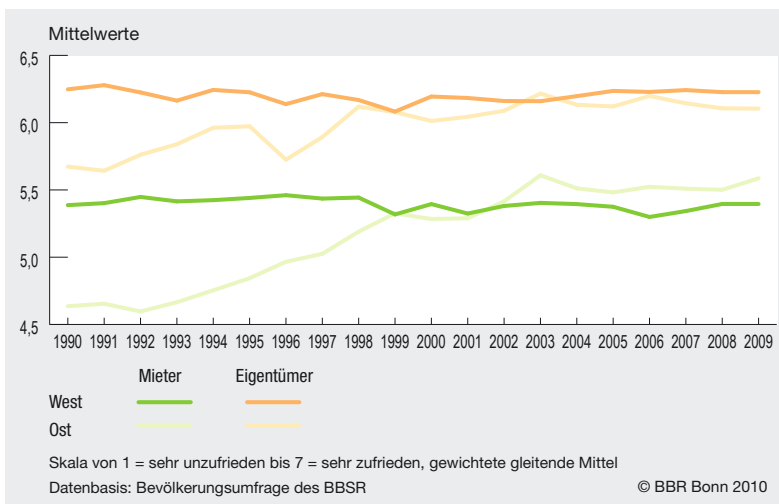


Abbildung 2
Durchschnittliche Zufriedenheit mit der Wohnung nach Wohnstatus, West und Ost – 1990 bis 2009



Allerdings bietet die durchschnittliche Zufriedenheit mit der Wohnung ohne weitere Differenzierung nur ein oberflächliches Bild. Aus früheren Analysen der BBSR-Umfrage oder des SOEP ist bekannt, dass die Wohnungszufriedenheit mit dem Wohnstatus (Eigentümer oder Mieter), dem Haushaltseinkommen und der Haushaltsgröße, der individuellen Wohnfläche oder auch dem Wohngebäudetyp/-alter oder seiner Ausstattung zusammenhängt.³

Den größten Einfluss hat der Wohnstatus (Abb. 2). Bundesweit sind laut Mikrozensus heute 42 % der bewohnten Wohnungen in Wohngebäuden von Eigentümerhaushalten bewohnt.⁴ Historisch bedingt ist die Eigentumsquote im Osten auch 20 Jahre nach der Einheit niedriger als im Westen (34 % zu 45 %) und grundsätzlich in Großstädten

niedriger als in anderen Siedlungsformen. Für den Ost-West-Vergleich ist festzustellen, dass noch zu Wendezeiten nur jeder vierte ostdeutsche Haushalt in den eigenen vier Wänden wohnte. Nicht nur im Zusammenhang mit der extrem starken Suburbanisierung in Ostdeutschland in den 1990er Jahren, sondern auch im Zuge der Aufwertung der Innenstädte in den letzten zehn Jahren hat sich die Eigentumsquote in Ostdeutschland in vergleichsweise kurzer Zeit deutlich erhöht.

Wohnungszufriedenheit in Ostdeutschland ist durch Rahmenbedingungen für Immobilienbesitz beeinflusst, die sich deutlich von westdeutschen unterscheiden. So drücken bei den Eigentümer-Zufriedenheiten die Urteile der „Alteigentümer“ den ostdeutschen Durchschnittswert, da diese den zu DDR-Zeiten möglichen Wohnstandard wegen der Grenzen setzenden Grundrisse oder aber fehlenden Kapitals bzw. nicht ausreichender Kreditfähigkeit nur begrenzt aufwerten können. Demgegenüber geht die steigende Wohnzufriedenheit bei den ostdeutschen Mietern Hand in Hand mit umfangreichen, großteils öffentlich geförderten Modernisierungen im Mietwohnungsbestand und einem breiten Wohnungsangebot, das fast jedem Mieterhaushalt Wahlmöglichkeiten bietet. Entsprechend zeigen sich die ostdeutschen Mieter seit einigen Jahren zufriedener als die westdeutschen.

Insgesamt zeugt die steigende Wohnungszufriedenheit in den ostdeutschen Ländern von einer außergewöhnlichen Qualitätssteigerung im dortigen Wohnungsbestand. Während sich der Anteil der seit 1991 neu errichteten Wohneinheiten in West und Ost mit 12 % bis 13 % aller Wohnungen nicht unterscheidet, flossen die Sondermittel für Wohnungsmodernisierung in Ostdeutschland in die Sanierung der umfangreichen Altbaubestände (44 %) und der Neubausiedlungen (43 %) sowie in den Abriss nicht mehr sanierungs- bzw. marktfähiger Gebäude. Dies bedeutet, dass in den ostdeutschen Ländern im Vergleich zu 1990⁵

– nicht mehr 28 %, sondern nur noch 3 % der Haushalte den Zustand des Gebäudes, in dem ihre Wohnung liegt, als sehr renovierungsbedürftig beurteilen – in Westdeutschland statt 4 % heute 2 %;

– die Wohnfläche je Haushaltsmitglied von durchschnittlich 32 auf 46 m² gestiegen ist –

in Westdeutschland von 46 auf heute 55 m² und

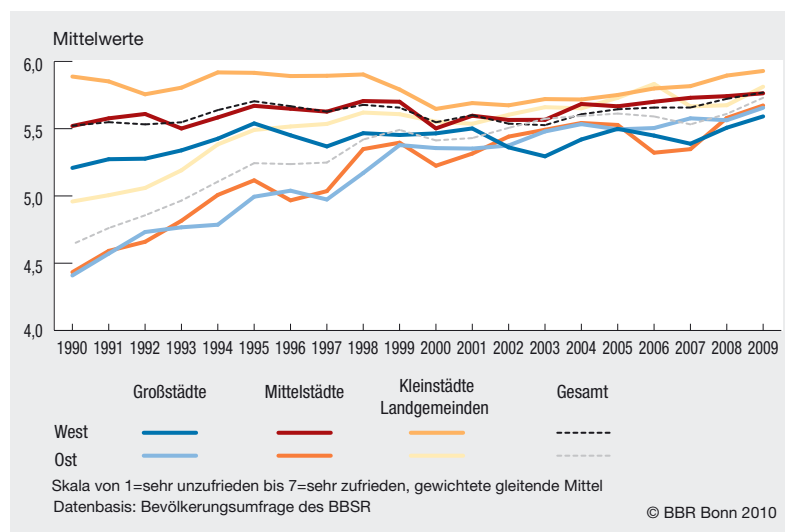
- die Bruttokaltmiete einschließlich der kalten Betriebskosten (Müllbeseitigung, Be- und Entwässerung, Straßenreinigung etc.) von durchschnittlich 0,53 € auf 5,79 €/m² gestiegen ist – in Westdeutschland von 3,82 € auf heute durchschnittlich 6,51 €.

3 Wohnungsbau und Nachbarschaft

Ihre eigene Wohnung können die Menschen noch in einem vergleichsweise umfangreichen Rahmen selbst gestalten. Sie haben aber keine entsprechenden Gestaltungsmöglichkeiten für ihr Wohngebiet und das Zusammenleben mit den Nachbarn in ihrem engeren Umkreis. Wenn die räumliche Umgebung gar nicht mehr passt, hilft nur ein Wegzug. Genauso erfahren manche Wohnlagen verstärkten Zuzug, weil sie wegen der angenommenen Zusammensetzung der Nachbarschaft, der baulichen Gestaltung und des Infrastrukturangebots als erstrebenswerter Wohnstandort gelten. Umzüge sind aber mit nicht unerheblichen Kosten verbunden und Menschen bei engen Wohnungsmärkten häufig froh, überhaupt eine akzeptable Wohnung zu finden. Daher wird auf die Qualität des Wohngebiets i. d. R. weniger Wert gelegt als auf die der Wohnung an sich. Entsprechend ist die Zufriedenheit mit dem Wohngebiet meist etwas niedriger als die Wohnungszufriedenheit.

Ähnlich wie nach der Wohnungszufriedenheit wird jährlich gefragt: „Und wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit der unmittelbaren Wohnumgebung, in der Sie leben?“ Differenziert nach Ost und West und nach Siedlungstypen liegen die durchschnittlichen Bewertungen 2009 in einem Wertebereich zwischen 5,5 und 5,9 und damit nahe beieinander (Abb. 3). Die Befragten sind also mit ihrer Wohnumgebung im Durchschnitt zufrieden. Im Allgemeinen waren 1990 im Westen 57% und im Osten lediglich 36% der Befragten mit ihrer unmittelbaren Wohnumgebung zufrieden oder sehr zufrieden. Im Verlauf der 1990er Jahre bilden sich die massiven baulichen Investitionen in ostdeutschen Gemeinden im Urteil der Bewohnerinnen und Bewohner aber deutlich ab. So lassen in der Wohngebietszufriedenheit seit etwa zehn Jahren weder

Abbildung 3
Durchschnittliche Zufriedenheit mit der Umgebung nach Stadt- und Gemeindetypen, West und Ost – 1990 bis 2009

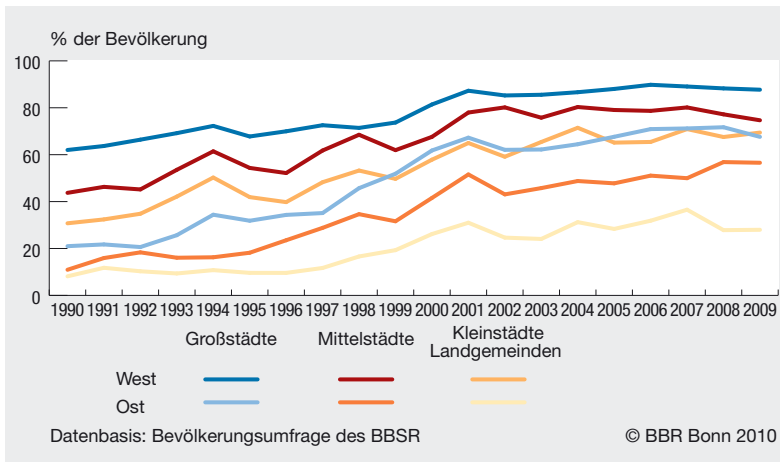


Ost-West-Unterschiede noch Unterschiede zwischen den Stadt- und Gemeindetypen feststellen.

Auch in der Beurteilung der nachbarschaftlichen Verhältnisse unterscheiden sich west- und ostdeutsche Befragte nicht. Allerdings hängt Nachbarschaft als eine „Gemeinschaft des Ortes“ (Ferdinand Tönnies) von der Struktur des Ortes und seiner Bevölkerungsdichte ab, was sich auch in der Beurteilung zeigt: Je größer die Stadt, desto distanzierter wird dort das Nachbarverhältnis beurteilt, je ländlicher der Wohnort ist, desto enger. Bedenkt man die hohe Umzugs- mobilität der Bevölkerung in Großstädten, ist auch verständlich, dass dort seltener nähere Bekanntschaften zu Wohnungsnachbarn geknüpft werden. Mit diesen Stadt-Land-Unterschieden im Nachbarverhältnis geht einher, dass in Großstädten als Nachbarn i. d. R. nur Personen in unmittelbar angrenzenden Wohnungen zählen, während damit in Landgemeinden durchaus auch Menschen im Umkreis bis zu einem Kilometer gemeint sein können.

Wenn auch die Nachbarn in Ost und West allgemein betrachtet nicht unterschiedlich beurteilt werden, sind hinsichtlich einer Bevölkerungsgruppe immer noch unterschiedliche Einschätzungen zu erwarten. Gemeint sind Ausländerinnen und Ausländer bzw. solche Menschen, die als nicht deutsch wahrgenommen werden. Faktisch sind Ausländer in Ostdeutschland sehr viel seltener: Laut Mikrozensus variierte 2007 der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Abbildung 4
Wahrnehmung von Ausländern in der Nachbarschaft nach Stadt- und Gemeindetypen, West und Ost – 1990 bis 2009



in den Flächenländern zwischen 4,8% im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer und 25,3% in Baden-Württemberg, in den Stadtstaaten zwischen 23,8% in Berlin, 25,6% in Bremen und 26,3% in Hamburg. Insofern ist das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern auch zwei Jahrzehnte nach der Deutschen Einheit immer noch eine in Ost und West unterschiedliche Erfahrung. Die Wahrnehmung solcher „Personen mit Migrationshintergrund“ im Wohngebiet dürfte dabei eher dem äußeren Anschein nach erfolgen, also aufgrund von Aussehen, Hautfarbe sowie sprachlichen Akzenten und weniger nach der tatsächlichen Staatsbürgerschaft, die für die Nachbarn ja nicht erkennbar ist.

Über die Jahre ist in Ost- und Westdeutschland der Anteil derer, die ausländische Nachbarn im Wohngebiet wahrnehmen, erkennbar gestiegen (Abb. 4). Im Westen berichten 2009 durchschnittlich etwa vier Fünftel der Befragten über ausländische Bewohnerinnen und -bewohner in der Nachbarschaft, im Osten kaum die Hälfte.⁶ Da Einwanderung nach Deutschland historisch gesehen fast ausschließlich Arbeitsmigration bedeutet hat, leben verständlicherweise in Großstädten mehr Menschen mit Migrationshintergrund als in Mittelstädten und dort wiederum mehr als in Kleinstädten und Landgemeinden. Dies spiegelt sich auch über all die Jahre in den Interviews zur BBSR-Umfrage wider. Allerdings fällt für die ostdeutschen Städte und Gemeinden auf, dass dort kurz nach der Wende fast nirgends in nennenswertem Ausmaß Ausländerinnen und Ausländer zur Nach-

barschaft gezählt wurden. 2009 dagegen berichten in ostdeutschen Kleinstädten und Landgemeinden etwa doppelt so viel, in ostdeutschen Großstädten etwa dreimal so viel Befragte wie vor 20 Jahren über ausländische Nachbarn. Damit entspricht die in Interviews berichtete Lage in ostdeutschen Großstädten zum einen der durchschnittlichen Wahrnehmung in Westdeutschland, zum anderen belegt dies die Normalisierung der städtischen Bevölkerungsstruktur in einem vom internationalen Austausch abhängigen Land wie Deutschland. In den eher ländlich geprägten Gemeinden Ostdeutschlands, aus denen nach wie vor große Teile der angestammten Bevölkerung wegwandern, ist hingegen an Zuwanderung Ortsfremder oder gar Landesfremder kaum zu denken. Sie scheinen vom Prozess der Internationalisierung abgekoppelt.

Da das konkrete, persönlich erlebte Verhältnis zu ausländischen Nachbarn eine wichtige Facette für das Verständnis von faktischer Integration darstellt, sollen die Befragten – außer sie hatten angegeben, dass praktisch gar keine Ausländer in ihrem Wohngebiet leben – für ihre Wohnungsumgebung einschätzen, ob Deutsche und Ausländer sehr gut miteinander auskommen, ein normales nachbarschaftliches Verhältnis haben oder ob es zu Reibereien kommt. Als diese Frage 1993 zum ersten Mal gestellt wurde, sprachen 50% der Westdeutschen und 33% der Ostdeutschen von einem sehr guten Verhältnis, 2009 lagen diese Anteile bei 42% und 31%. Diese Abnahme der sehr guten Bewertung scheint der gleichzeitig angestiegenen Integrationsbereitschaft (siehe unten) zu widersprechen. Allerdings hat auch der Anteil der wahrgenommenen Reibereien tendenziell abgenommen (Abb. 5). Er liegt im Westen bei durchschnittlich 6% mit hohen Anteilen in den Großstädten und im Osten bei 7% mit sinkender Tendenz. Insgesamt hat über die Jahre das „normale nachbarschaftliche Verhältnis“ am stärksten zugenommen.

Eine jährlich gestellte Frage im Themenkomplex „Deutsche und Ausländer im Wohngebiet“ richtet sich auf Modelle des Zusammenlebens und lautet: „Ist es Ihrer Ansicht nach gut, wenn in einer Nachbarschaft Ausländer und Deutsche zusammenleben (interpretiert als „Integrationsbereitschaft“, Abb. 6a), besser, wenn Ausländer und Deutsche getrennt für sich leben (inter-

pretiert als „Segregationsneigung“, Abb. 6b), oder ist es ihnen egal?“ (interpretiert als „Indifferenz“).

Bei dieser sensiblen Frage ist zu berücksichtigen, dass sehr häufig sozial erwünschte Antworten gegeben werden dürften. Auch erlauben die erfragten persönlichen Einstellungen keine Rückschlüsse auf faktisches Verhalten und Handeln.

Trotz dieser Einschränkungen ist festzustellen, dass die Integrationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in allen Stadt- und Gemeindetypen seit der Deutschen Einheit erkennbar gewachsen ist – im Westen noch stärker als im Osten. 1990 zeigten sich 39% der westdeutschen Befragten und 22% der ostdeutschen integrationsbereit, 2009 liegen die Anteile bei 66% im Westen und 37% im Osten. In Ostdeutschland ist dabei eine starke Differenzierung zwischen der Bevölkerung in Großstädten und kleineren Städten und Gemeinden festzustellen. Dies spricht für die These, dass Integrationsbereitschaft stark von persönlichen Erfahrungen mit Ausländerinnen und Ausländern abhängt, z. B. in der Nachbarschaft. Auffällig ist weiterhin, dass die Zeitreihen in genau den Jahren vergleichsweise höhere Ausprägungen für Integrationsbereitschaft und niedrigere für Segregationsneigung aufweisen, in denen auch die wirtschaftliche Situation positiv beurteilt wird – und umgekehrt. Damit rückt der Konkurrenzaspekt in den Blick. Ausländer waren zum Arbeiten nach Deutschland gekommen und erscheinen offensichtlich in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche – unabhängig von den persönlichen Erfahrungen mit ihnen – als unliebsame Wettbewerber um knapper gewordene Ressourcen.

Allerdings scheint es zwischen Ost und West nach wie vor noch Unterschiede in der Einschätzung zu geben, ab wann von einem hohen Ausländeranteil in der Nachbarschaft zu sprechen ist. So verweisen die aus ostdeutschen Mittel- und Kleinstädten – trotz ihres geringen Anteils ausländischer Bewohner – öfter berichteten Reibereien und die dort vorzufindende höhere Segregationsneigung auch auf eine latente bis offene Fremdenfeindlichkeit. In einer schwierigen wirtschaftlichen Lage und bei gefühlter gesellschaftlicher Abseitsstellung steigt allzu leicht die Neigung, im Fremden den Sündenbock zu sehen (i. d. R. eine unbeliebte, leicht identifizierbare und machtlose Be-

Abbildung 5
Wahrnehmung von Reibereien zwischen Deutschen und Ausländern nach Stadt und Gemeindetypen, West und Ost – 1993 bis 2009*

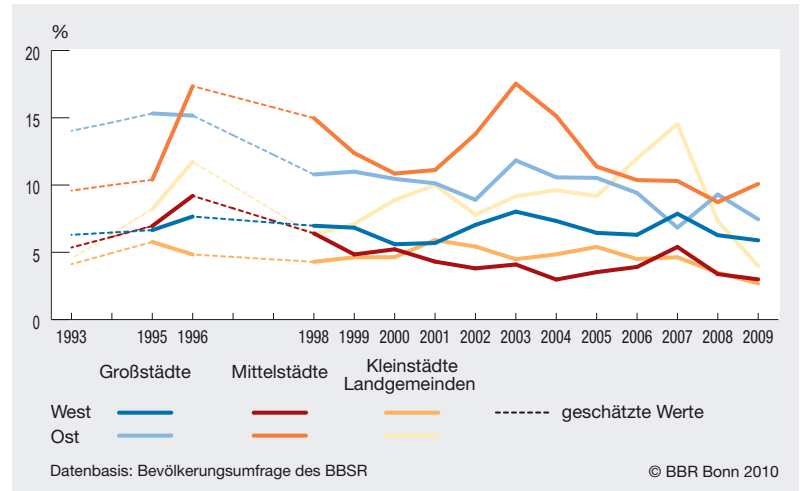
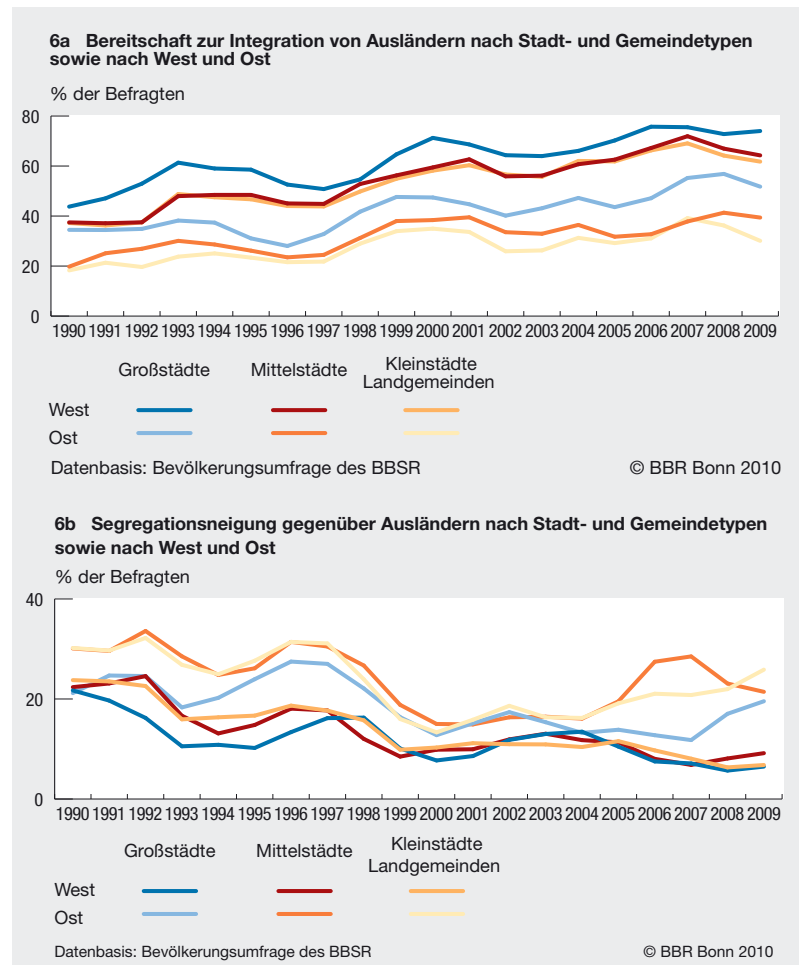


Abbildung 6
Erwünschte Modelle des Zusammenlebens mit Ausländern – 1990 bis 2009*



* Zeitreihen geglättet

völkerungsgruppe). Auf diese Weise werden in unserer spätmodernen Gesellschaft die individuell und direkt nicht lösbaren sozialen Konflikte auf eine abstraktere, aber ausfechtbare Konfliktebene verschoben. Sozialpsychologisch gesehen kann eine solche Projektion für die lokale Bevölkerungsmehrheit eine identitätsstiftende Funktion bekommen.⁷

4 Der Wohnort

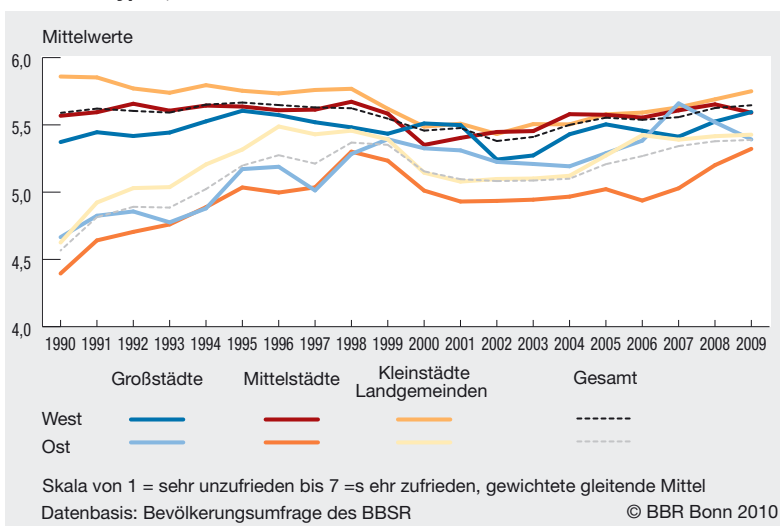
Wohnorte sind mehr als nur die Summe der Wohngebäude von Menschen. Wie die Menschen gehören zu ihnen sämtliche Infrastrukturen, die menschliches Leben und Zusammenleben ermöglichen, es strukturieren und technisch, sozial und kulturell unterstützen. Menschen, technische und soziale Infrastrukturen, Arbeits- und Handelsorte, Gebäude und Freiflächen formen Siedlungen zu einem lebendigen Ort. In die Zufriedenheit mit dem Wohnort spielen auf jeden Fall viel mehr Aspekte hinein, als es für die bislang betrachteten Zufriedenheitsmessungen der Fall ist. In der BBSR-Umfrage wird relativ zu Beginn des Interviews gefragt: „Einmal ganz allgemein gefragt. Wie zufrieden sind Sie mit dieser Stadt oder Gemeinde?“, und wiederum sind Antworten auf einer siebenstufigen Skala von „sehr unzufrieden“ (= 1) bis „sehr zufrieden“ (= 7) möglich.

Im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 2009 liegt der Anteil der mit dem Wohnort Zufriedenen in Westdeutschland bei 60 %, mit einer relativ geringen Schwankungsbreite

zwischen 56 % und 66 %. In Ostdeutschland liegt der Durchschnitt der Zufriedenen über alle Jahre mit 42 % niedriger und schwankt mit großen Bewegungen zwischen 25 % und 56 %. Wie bei den Zufriedenheiten mit der eigenen Wohnung und dem direkten Wohnumfeld findet während der 1990er Jahre eine deutliche Angleichung der Wohnortzufriedenheiten in den alten und neuen Ländern statt. Allerdings lässt diese Zufriedenheit in Ostdeutschland nach 1999 wieder merklich nach und gleicht sich erst in den letzten drei Jahren wieder dem westdeutschen Durchschnitt an (Abb. 7). Dieser Verlauf erinnert an gesamtgesellschaftliche Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage, auf die unter Fokussierung der persönlichen Betroffenheit auch in der BBSR-Umfrage eingegangen wird (Abb. 10).

Auf jeden Fall wird deutlich, dass die Befragten bei der Frage nach ihrer Wohnortzufriedenheit nicht nur auf bauliche Gegebenheiten und die jeweilige Infrastrukturausstattung reagieren, sondern auch auf die Möglichkeiten vor Ort, ihre eigene Lebensplanung zu verwirklichen. Insofern dürften fehlende Ausbildungs- und Arbeitsplätze am Ort dieses Urteil beeinflussen. Diese Vermutung wird durch eine altersdifferenzierte Betrachtung der Zufriedenheiten unterstützt (Abb. 8). Für die in Westdeutschland Befragten steigt die Zufriedenheit mit dem Alter von einem durchschnittlichen Wert von 5,5 der unter 30-Jährigen bis auf einen durchschnittlichen Wert von 5,8 der über 70-Jährigen. Zwar bewegen sich diese Urteile alle um den Skalenwert „zufrieden“, die ansteigenden Mittelwertsunterschiede sind dennoch statistisch gesichert. In Ostdeutschland sind die unter 30-Jährigen wie die 50- bis unter 60-Jährigen mit einem durchschnittlichen Urteil von 5,2 mit ihrem Wohnort wesentlich weniger zufrieden als ihre Altersgenossen im Westen; der Wert entspricht einem „eher zufrieden“. Erst die nicht mehr erwerbstätigen bzw. -fähigen Altersgruppen über 60 Jahre zeigen sich hier mit einem Durchschnittswert von 5,7 mit ihrem Wohnort „zufrieden“. Offensichtlich klopfen die unter 30-Jährigen während ihrer beruflichen Ausbildungs- und Einstiegsphase ihren Wohnort nach Zukunftspotenzialen für ihr Leben ab, und ebenso offensichtlich bieten ostdeutsche Wohnorte dafür ein unsichereres Umfeld.

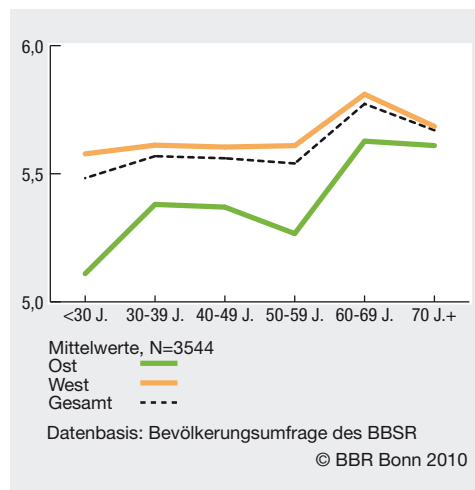
Abbildung 7
Durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Wohnort nach Stadt- und Gemeindetypen, West und Ost – 1990 bis 2009



Interpretationsbedürftiger ist das negative Urteil der 50- bis unter 60-Jährigen in Ostdeutschland. Es scheint, dass sie sich als ostdeutsche Verlierergeneration fühlen: Zu Wendezeiten waren sie zwischen 30 und 40 Jahre alt, hatten ihr gesamtes vorheriges Leben in der DDR verbracht, es i. d. R. mit Beruf und Familie eingerichtet, sind wegen familiärer Bindungen, Unsicherheit hinsichtlich der Alternativen oder gesellschaftlichem Verantwortungsgefühl nicht gen Westen abgewandert, als die Sicherheiten vor Ort wegbrachen, und haben an ihrem Ort eventuell nur eine schlechtere Alternative leben können. Der Wohnort wird zumindest indirekt für die erlebten schlechteren Chancen verantwortlich gemacht. Tendenziell trifft dies auch noch auf die Altersgruppe der heute 40- bis 50-Jährigen in Ostdeutschland zu, da Familiengründung und Berufseinstieg in der DDR deutlich früher stattfanden als in der früheren BRD. Zu dieser jüngeren ostdeutschen Alterskohorte zählen auch viele, die infolge der Unwägbarkeiten der Wendezeit während einiger Jahre kaum noch Kinder in die Welt gesetzt haben.

Die am Ort zu verwirklichenden Lebenschancen haben nur punktuell etwas mit dem vorhandenen Infrastrukturangebot zu tun – z. B. braucht es Kindertagesstätten, um Beruf und Familie mit noch jüngeren Kindern verbinden zu können. Für die Wohngebiets- wie für die Wohnortzufriedenheiten sind Infrastrukturangebote gleichwohl bedeutsam. Nach der Infrastrukturausstattung im Wohngebiet wurde nach 1997 und 2003 zuletzt 2007 gefragt. Für die meisten der 14 abgefragten Einrichtungen gibt es im West-Ost-Vergleich keine bemerkenswert unterschiedlichen Antworten mehr auf die Frage: „Gibt es in ihrem Wohngebiet folgende Einrichtungen, die Sie innerhalb von etwa zehn Minuten zu Fuß erreichen können?“ Eine Ausnahme bilden Kinderspielflächen, Kindertagesstätten bzw. Kindergärten und Grundschulen – diese scheinen in den ostdeutschen Ländern deutlich seltener fußläufig erreichbar zu sein als im Schnitt der westdeutschen Länder, ohne dass sich deren Beurteilung über die Zeit verändert hat. Während der Zehnjahresspanne von 1997 bis 2007 werden in Ostdeutschland die Erreichbarkeiten von Kultureinrichtungen bzw. Veranstaltungen, Schwimmbad oder Sportanlagen, Senioren- und Jugendeinrichtungen sowie Parks bzw. Grünanlagen – jeweils

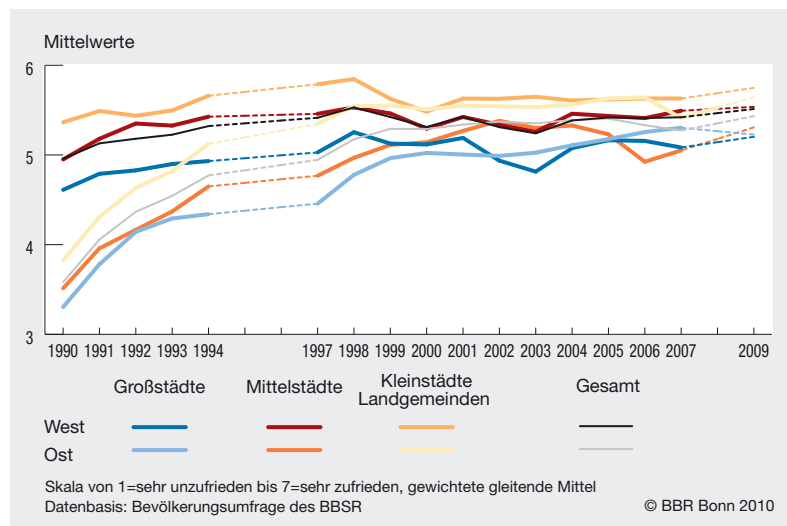
Abbildung 8
Zufriedenheit mit dem Wohnort nach Altersklassen, West und Ost – 2009



von der eigenen Wohnung aus – 2007 deutlich besser beurteilt als 1997. Dies dürfte sich im Großen und Ganzen nicht nur auf eine nachhaltig positivere Beurteilung der Wohnumgebung, sondern auch des Wohnorts ausgewirkt haben.

Ein weiterer Aspekt im Zusammenhang mit der Wohn- und Lebensqualität des Wohnorts ist die Umweltqualität. Dabei können die Bürgerinnen und Bürger von allen Facetten nachhaltiger Siedlungsentwicklung am leichtesten beurteilen, wie es vor Ort um Lärm oder Luftqualität steht. Zum jährlichen Standardprogramm der BBSR-Umfrage gehört daher auch die Frage: „Und wie zufrieden sind Sie mit den Umweltbedingungen, z. B. Lärm oder Luftqualität in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung?“

Abbildung 9
Durchschnittliche Zufriedenheit mit den Umweltbedingungen nach Stadt- und Gemeindetypen, West und Ost – 1990 bis 2009



Erfreulicherweise hat sich diesbezüglich in den vergangenen Jahren in Ost- wie in Westdeutschland einiges getan. Im Westen stieg die Umweltzufriedenheit von einer durchschnittlichen Bewertung von 4,9 auf 5,6 Skaleneinheiten und im Osten von 3,4 auf 5,4 (Abb. 9). Dieses mittlerweile gleichbleibende Niveau wurde im Westen ab 1996 erreicht, im Osten ab 1999. War nach der Wende ein Drittel der in Ostdeutschland Befragten mit den Umweltbedingungen in der näheren Wohnumgebung eindeutig unzufrieden, so ist es heute nur noch ein Fünftel, ähnlich wie in Westdeutschland.

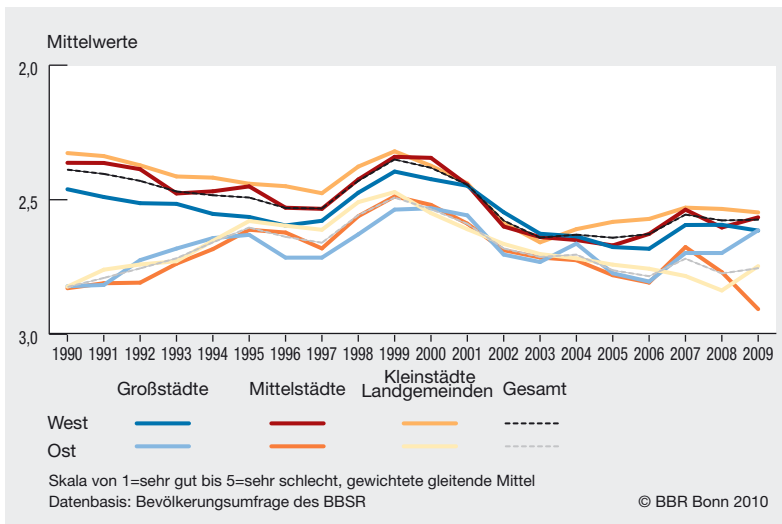
Zusammenfassend zeigt sich bei der Entwicklung der Wohnortzufriedenheit, dass die befragten Bürgerinnen und Bürgern Investitionen in die Infrastruktur, vor allem Umweltschutzmaßnahmen in ihren Zufriedenheitsurteilen erkennbar honorieren. Insofern haben die Anstrengungen zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Ländern gefruchtet. Weniger erfolgreich scheinen die politischen Anreize für unternehmerisches Engagement und entsprechende Investitionen gewesen zu sein. Die kritische Beurteilung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst so tendenziell auch die Wohnortzufriedenheit negativ.

5 Die wirtschaftliche Lage der Privathaushalte

Gesamtwirtschaftliche Probleme sind selbstverständlich nicht nur indirekt über Zufriedenheitsäußerungen abzufragen. Im Rahmen der BBSR-Umfrage werden sie jährlich erhoben in Form der Einschätzungen der privaten wirtschaftlichen Lage und bei Erwerbstätigen mit der Frage nach der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes. Zeitreihen mit wirtschaftsbezogenen Einschätzungen weisen i. d. R. zwischen 1998 und 2001 sehr positive Werte auf und spiegeln damit eine auch in der Bevölkerungsmehrheit verbreitete Hochstimmung hinsichtlich der Potenziale der New Economy wider. An den Börsen platzte die sog. Dotcom-Blase aber schon im März 2000 und führte in der Folge für viele Kleinanleger zu Vermögensverlusten. Diese Verluste bzw. realistischere Einschätzungen der eigenen ökonomischen Möglichkeiten werden dann seit 2002 bei der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage in Ost- wie in Westdeutschland deutlich.

Ein Vergleich der Befragungsergebnisse aus West- und Ostdeutschland zeigt seit 1990 zwei deutlich zu unterscheidende Entwicklungsabschnitte: Bis 1995 haben sich die Beurteilungen der persönlichen wirtschaftlichen Lage aufeinander zu bewegt, danach nahezu angeglichen (Abb. 10). Allerdings stufen im Osten trotz eines verbreitet niedrigeren Preisgefüges nach wie vor mehr Privathaushalte ihre wirtschaftliche Lage als schlecht bis sehr schlecht ein. Darin dürfte sich die nach wie vor erhebliche Ost-West-Disparität bei den Einkommen und Vermögen abbilden. Z.B. betrug laut Statistischem Bundesamt der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer 2009 in Ostdeutschland mit 2 486 € nur 76,5 % des Verdienstes ihrer Kolleginnen und Kollegen im Westen (produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich ohne Sonderzahlungen). Die hohe Qualifikation und Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen lässt diese zwar immer noch weniger als ostdeutsche Männer, aber immerhin 83 % der westdeutschen Frauen verdienen, während ostdeutsche Männer im Durchschnitt nur 73 % der durchschnittlichen Vergütung westdeutscher Männer erreichen.

Abbildung 10
Beurteilung der wirtschaftlichen Lage nach Stadt- und Gemeindetypen, West und Ost – 1990 bis 2009

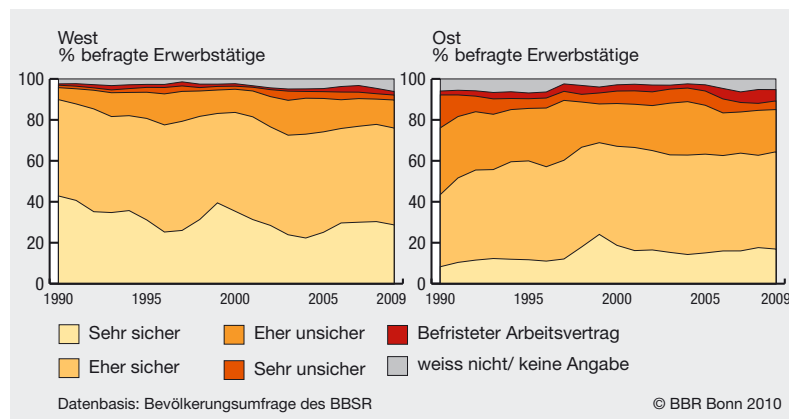


Neben der Arbeitslosigkeit ist die Furcht vor Arbeitsplatzverlust eine Sorge, die sich ganz real auf die Lebensqualität und Verhaltensoptionen auswirkt. Deshalb stellt die BBSR-Umfrage den Erwerbstätigen die Frage: „Wie schätzen Sie die Sicherheit ihres eigenen Arbeitsplatzes ein?“ Geantwortet werden kann mit „sehr sicher“, „eher sicher“, „eher unsicher“, „sehr unsicher“ oder „Habe einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag.“

Von allen, die sich auf Nachfrage als erwerbstätig bezeichneten, betrug 1990 unmittelbar nach der deutschen Einheit der Anteil derer, die mit „sehr sicher“ oder „eher sicher“ antworteten, im Westen 93 % und im Osten nur 43 % (Abb. 11). Für die Ostdeutschen stellten Arbeitslosigkeit und erzwungene Arbeitsplatz- oder gar Berufswechsel nach der Wendezeit eine „bis dahin völlig unbekannte Form existentieller Gefährdung“⁸ dar. Ähnlich wie bei der Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage nähern sich die Einschätzungen des eigenen Arbeitsplatzes als (eher) sicher in West und Ost über die Jahre an und erreichen 2009 im Westen Anteile von 76 % und im Osten von 64 %. Diese Angleichung verdankt sich aber nicht nur Konsolidierungsprozessen im Osten, sondern auch in großem Maße Ost-West-Wanderungen der erwerbsfähigen Bevölkerung sowie der wachsenden Flexibilisierung der Arbeitswelt im Westen. Letzteres zeigt sich u. a. daran, dass im Westen hauptsächlich der Anteil der mit „sehr sicher“ Antwortenden stark zurückging von 43 auf 29 %. Die erwerbstätigen Befragten schätzen ihren Arbeitsplatz tendenziell umso sicherer ein, je höher ihre Qualifikation bzw. ihr Schulabschluss ist. Vor allem in den ostdeutschen Ländern bieten sich Menschen mit niedrigem Ausbildungsstand nach der starken Deindustrialisierung nicht nur wenige, sondern größtenteils auch nur unsichere Arbeitsmöglichkeiten.

Insgesamt darf nicht außer Acht gelassen werden, dass im Betrachtungszeitraum trotz Zunahme der Erwerbsbeteiligung die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stetig zurückging. Laut Statistischem Bundesamt waren 1991 38,7 Mio. (48 %) der knapp 80 Mio. Einwohner Deutschlands erwerbstätig, 2009 gut 40,1 Mio. von 81,9 Mio., also 49 %. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ging hingegen von 1992 bis 2008 von 29,3 Mio. (77 % aller Erwerbstätigen) auf 27,8 Mio. (68 %) zurück.⁹

Abbildung 11
Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes nach West und Ost – 1990 bis 2009



Zugleich stieg der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 11 % im Jahr 1993 auf 18 % im Jahr 2008.¹⁰ Zu ähnlichen Befunden kommt eine Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), die die Struktur der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland – allerdings ohne West-Ost-Differenzierung – anhand des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) untersucht. Die Autoren zeigen auf, dass vor allem in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs zwischen 2006 und 2008 deutlich mehr Arbeitsverhältnisse als in früheren Aufschwungsphasen entstanden sind – allerdings mit wachsendem Anteil atypischer Beschäftigungsverhältnisse und gering entlohnter Tätigkeiten. Als eines der strukturellen Probleme formulieren sie denn auch „die Spaltung des Arbeitsmarktes in Normalarbeitsverhältnisse auf der einen Seite und flexible Arbeitsformen mit teilweise geringen Aufstiegschancen auf der anderen Seite“.¹¹

Bemerkenswert ist auch die Entwicklung der zeitlich befristeten Arbeitsverträge. Laut IZA-Analyse des SOEP ist zwischen 1992 und 2007 nicht nur der Anteil der auf Dauer angelegten Teilzeitarbeit von 7 % auf 11 % und der Anteil geringfügig Beschäftigter gar von 1 % auf 4 % an allen Erwerbsfähigen angestiegen. Auch der Anteil derer, die befristet oder in Leiharbeitsverhältnissen tätig sind, wuchs von 5 % auf 7 %. Angehörige dieser beiden Gruppen dürften zu denen zählen, die bei der BBSR-Umfrage zur Arbeitsplatzsicherheit mit „Habe zeitlich befristeten Arbeitsvertrag“ geantwortet haben. 1990 waren dies in Westdeutschland weit weniger als 1 % und in Ostdeutschland 1,9 %

der befragten Erwerbstätigen; 2009 waren es im Westen 1,7% und im Osten 5,5%. Im Laufe der betrachteten 20 Jahre schwankt der Anteil der nur mit befristetem Arbeitsvertrag Erwerbstätigen im Westen zwischen 0,6 und 3,2%, im Osten zwischen 1,9 und 6,8% der Befragten.¹²

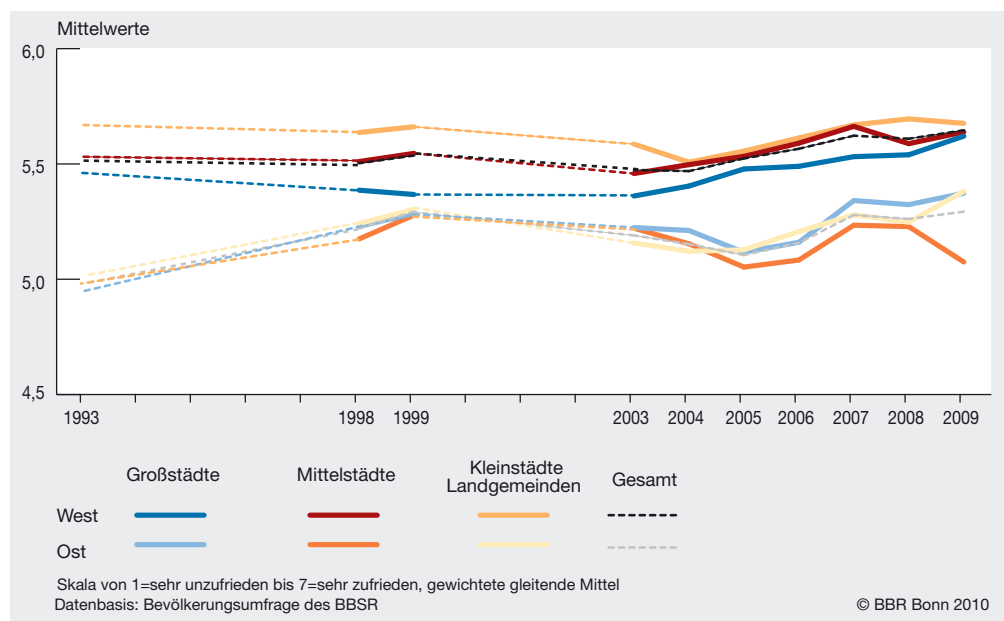
Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Phasen konjunktureller Erholung zwischen 1998 und 2001 sowie zwischen 2006 und 2008 offensichtlich auch im subjektiven Sicherheitsgefühl hinsichtlich des eigenen Arbeitsplatzes abbilden. Dies trifft vor allem auf die Euphoriephase des neuen Marktes Ende der 1990er Jahre zu. Die im Sommer 2008 einsetzende Finanz- und Wirtschaftskrise zeichnet sich insgesamt kaum mit schlechterer Einschätzung hinsichtlich der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes ab – die vorausgehende Erholungsphase zeigte allerdings auch nur bei den westdeutschen Befragten leicht positivere Reaktionen. Offensichtlich haben sich die Erwerbstätigen auf eher wechselhafte Zeiten¹³ eingestellt – im Osten aus Erfahrung heraus im größeren Umfang als im Westen. Bedenklich stimmt, dass in Ostdeutschland etwa dreimal so viele Befragte angeben, ihren Lebensunterhalt in befristeten Beschäftigungsverhältnissen zu verdienen. Auch nach 20 Jahren Transformationsprozess zeigen ostdeutsche Befragte eine höhere Erwerbsorientierung bei gleichzeitig schlechteren Arbeitsmarktchancen als im Westen der Republik.

6 Auswirkungen auf die persönliche Lebenszufriedenheit

Auf die Frage „Alles in allem, wie zufrieden sind Sie heute mit Ihrem Leben?“ geben die Befragten in Westdeutschland seit 2003 und in Ostdeutschland seit 2005 im Trend von Jahr zu Jahr etwas positivere Urteile ab. Auch die jüngste, im Sommer 2008 einsetzende Finanz- und Wirtschaftskrise konnte diese positive Grundstimmung nur kurzfristig geringfügig dämpfen. Unterschiedliche Beurteilungen der Befragten sind nicht zwischen den verschiedenen Stadt- und Gemeindetypen festzustellen, sehr wohl aber zwischen Ost- und Westdeutschland (Abb. 12).

Auch im zwanzigsten Jahr der deutschen Einheit sind die Menschen in Ostdeutschland mit ihrem Leben deutlich weniger zufrieden (Durchschnitt 5,3 auf Skala von 1 bis 7) als die Menschen in Westdeutschland (Durchschnitt 5,6). Aus internationalen Studien der Zufriedenheitsforschung – u. a. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung im Rahmen des SOEP¹⁴ – ist bekannt, dass persönliche Schicksalsschläge wie Krankheit oder Verwitmung, besonders aber Arbeitslosigkeit die Lebenszufriedenheit unmittelbar beeinflussen. Hierbei wirkt sich Arbeitslosigkeit nicht nur akut aus, vielmehr kehrt eine positivere Einstellung zum eigenen Leben auch nach Einstieg in ein neues Arbeitsverhältnis nur langsam wieder zurück. Insofern spiegelt die nied-

Abbildung 12
Zufriedenheit mit dem Leben nach Stadt- und Gemeindetypen, West und Ost – 1993 bis 2009

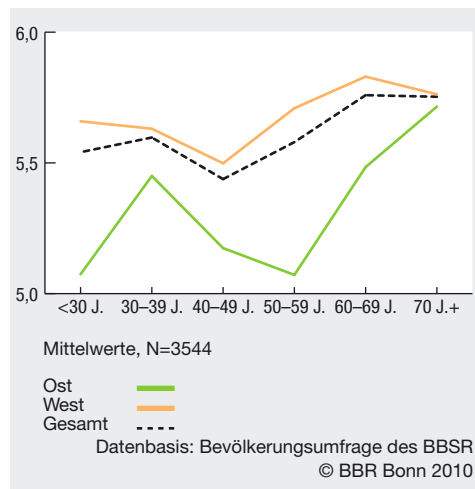


rigere allgemeine Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland die tiefe Verunsicherung der dortigen Bevölkerung durch vergleichsweise hohe und in vielen Fällen auch wiederkehrende Arbeitslosigkeit.

Differenzierungen der allgemeinen Lebenszufriedenheit hängen jedoch nicht nur von der Region und dem dortigen Arbeitsplatzangebot ab, sondern im Zusammenhang damit auch von Alter, Haushaltstyp oder Erwerbsstatus. Es sind erwartbar vor allem die Befragten im erwerbsfähigen Alter, die besonders sensibel auf sich abzeichnende wirtschaftliche Schwierigkeiten reagieren, darunter 2009 in West wie Ost die 40- bis unter 50-Jährigen und im Osten insbesondere die 50- bis unter 60-Jährigen (Abb. 13). Die Begründung dürfte ähnlich aussehen wie bei der Wohnortzufriedenheit, wobei unter Berücksichtigung des starken Einflusses von Arbeitslosigkeit auf die allgemeine Lebenszufriedenheit die Unsicherheiten des Arbeitsmarkts hier noch stärker zu Buche schlagen dürften. Die Unterschiede nach Erwerbsstatus folgen ebenfalls direkt aus den zuvor berichteten Analyseergebnissen: Von den zum Befragungszeitpunkt Erwerbslosen nennen sich nur 40% zufrieden, während es bei den Ruheständlern 80% sind.

Dass die Allgemeine Lebenszufriedenheit auch von der relativen Einkommensposition innerhalb der Bevölkerung abhängt, spiegelt sich in der BBSR-Umfrage u. a. in unterschiedlichen Urteilen von Mietern und Eigentümern: Während Mieterinnen und Mieter nur zu 54% mit ihrem Leben zufrieden sind, äußern dies 74% der Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer. Da die Wohneigentumsquote nach wie vor in Westdeutschland wesentlich höher ist als in Ostdeutschland, geht dieser Befund einher mit einem höherem Sicherheitsempfinden und einer entsprechend höheren Lebenszufriedenheit im Westen.

Abbildung 13
Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt nach Altersklassen, West und Ost – 2009



7 Schlussbemerkung

In der Zusammenschau ist festzustellen, dass vor allem die 1990er Jahre durch einen starken Angleichungsprozess der Lebensbedingungen gekennzeichnet sind. Insbesondere die umfangreichen Verbesserungen der baulichen und infrastrukturellen Ausstattung in Ostdeutschland haben sich günstig in den diesbezüglichen subjektiven Urteilen niedergeschlagen. Dagegen bestehen die Differenzen zwischen Ost und West in all den Bereichen fort, die direkt oder indirekt mit der regionalen Wirtschaftslage zusammenhängen. Dies betrifft die Wohnortzufriedenheit; auf sie wirken sich u.a. fehlende Angebote zur zufriedenstellenden Gestaltung und Entwicklung des eigenen Lebens bei eingeschränkter Mobilität aus. Und es betrifft die allgemeine Lebenszufriedenheit; sie wird nachhaltig durch (häufige) Arbeitslosigkeit geprägt. Soll die erhebliche (inzwischen abgeschwächte) innerdeutsche Wanderung von Ost nach (Süd-) West oder innerhalb Ostdeutschlands aus ländlich geprägten Regionen in die Großstädte nicht fort dauern, muss über die ökonomische Entwicklung Ostdeutschlands offensichtlich noch anders nachgedacht werden als bislang – mit dem Ziel, wirklich zukunftsfähige Strukturen zu entwickeln und zu etablieren.

Anmerkungen

- (1) Bzgl. der BBSR-Umfrage siehe BBR (Hrsg.): LebensRäume: Wohn- und Lebensbedingungen aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner. – Bonn 2006. = Berichte, Bd. 24, S. 20 oder BBR (Hrsg.): Leben in deutschen Städten. – Bonn 2008, S. 32 f. Bzgl. des SOEP siehe Christoph, B.: Subjektives Wohlbefinden und Wertorientierungen – Zufriedenheit in Lebensbereichen. In: Datenreport 2008. Hrsg.: Destatis; GESIS-ZUMA; WZB. – Bonn 2008, S. 403 ff.
- (2) Da leicht unterschiedliche Stichprobenziehungen bei der Zeitreihenbetrachtung relativ unruhige Kurvenverläufe erzeugen, werden für alle Zeitreihendarstellungen nach folgender Regel gewichtete gleitende Mittel bzw. geglättete Prozentwerte verwendet: Der dreifache Wert jedes Jahres wird mit den einfachen Werten der jeweiligen Vor- und Folgejahre gemittelt.
- (3) Frick, J.R.; Schubert, J.: Wohnverhältnisse und Wohnkosten. In: Datenreport 2008, a.a.O., S. 227–235; Frick, J.R.; Grimm, S.: Wohnen in Deutschland nach dem Mauerfall. Eine Analyse für die Jahre 1990 bis 2008 auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). – Berlin 2009. = DIW-SOEP Paper 236, S. 28 f. oder Sturm, G.: Alleine Wohnen – empirische Befunde zu einer weit verbreiteten Lebensform. In: Wohnen und Gender. Hrsg.: D. Reuschke. – Wiesbaden 2010, S. 151–174 (157 ff.)
- (4) Siehe Dechent, J.; Kortmann, K.; Timm, U.: Wohnen und Bautätigkeit. In: Datenreport 2008, a.a.O., S. 215–226. In der BBSR-Umfrage sind – der Erhebungsmethode geschuldet – Eigentümerhaushalte leicht überrepräsentiert: Im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 2009 leben 42 % der Befragten in Eigentümerhaushalten, 2009 sind es 46 %.
- (5) Vergleichsdaten gemäß SOEP laut Frick, J.R.; Grimm, S.: Wohnen in Deutschland nach dem Mauerfall, a.a.O.
- (6) „Praktisch gar keine Ausländer im Wohngebiet“ geben in westdeutschen Großstädten nur ein Zehntel – in ostdeutschen gut ein Drittel, in westdeutschen Mittelstädten knapp ein Viertel – in ostdeutschen knapp die Hälfte, in westdeutschen Kleinstädten und Landgemeinden gut ein Viertel – in ostdeutschen fast drei Viertel der Befragten an.
- (7) Aronson, E.; Wilson, T.D.; Akert, R.M.: Sozialpsychologie. – 6. Aufl., München 2008, S. 448
- (8) Deutscher Gewerkschaftsbund und Paritätischer Wohlfahrtsverband in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Armut in Deutschland. – Reinbek 1994, S. 34
- (9) Der Tiefststand war 2005 erreicht. Damals gab es im Jahresdurchschnitt in Deutschland nur 26,2 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.
- (10) Eigene Berechnungen auf Grundlage von Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2009 für die Bundesrepublik Deutschland. – Wiesbaden 2009, S. 90
- (11) Eichhorst, W.; Marx, P.; Thode, E.: Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000 – 2009. Beschäftigungserfolge bei steigender Differenzierung. – Gütersloh 2009. = IZA Research Report 22, S. 5
- (12) Die erwerbstätigen Personen sind in der BBSR-Umfrage aufgrund ihrer schlechteren Erreichbarkeit unterrepräsentiert. Dieser Effekt verstärkt sich eventuell bei Erwerbstätigen mit befristeten Verträgen, was in stichproben-theoretischen Analysen zu prüfen wäre.
- (13) Allein im Mai 2009 waren etwa 1,5 Mio. Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen, davon rund 180 000 Beschäftigte in Ostdeutschland – zwei Drittel davon in der Automobil- und Metallindustrie sowie im Maschinenbau. Das Volumen der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen sank innerhalb eines Jahres um 4,8 %.
- (14) Christoph, B.: Subjektives Wohlbefinden und Wertorientierungen, a.a.O. oder Huschka, D.; Wagner, G.: Sind Indikatoren zur Lebensqualität und zur Lebenszufriedenheit als politische Zielgrößen sinnvoll? – Berlin 2010 = DIW-SOEP Paper 275

Weitere Literatur

- Kawka, R.; Sturm, G.: Objektive regionale Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden: Was macht Bürgerinnen und Bürger zufrieden? Informationen z. Raumentwicklung (2006) H. 6, S. 309–316
- Scheuer, A.: Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen. In: Datenreport 2008. Hrsg.: Destatis; GESIS-ZUMA; WZB. – Bonn 2008, S. 412–418